

**19. Wahlperiode**

## **Schriftliche Anfrage**

**des Abgeordneten Sebastian Schlüsselburg (LINKE)**

vom 27. Mai 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 28. Mai 2024)

zum Thema:

**Transparenz in der Haushaltswirtschaft der Justizverwaltung herstellen**

und **Antwort** vom 11. Juni 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 12. Juni 2024)

Herrn Abgeordneter Sebastian Schlüsselburg (LINKE)  
über  
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/19233

vom 27.Mai 2024

über Transparenz in der Haushaltswirtschaft der Justizverwaltung herstellen

-----  
Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Was sind die Gründe für die Verstärkung des Titels 0600 (Kopfkapitel) 63102 (Ersatz von Personalausgaben an den Bund bei Abordnungen und Versetzungen) um 200.000 Euro und aus welchem Titel erfolgt aus welchen Gründen die haushaltswirtschaftliche Gegenfinanzierung?
2. Was sind die Gründe für den Abgang im Titel 0600 (Kopfkapitel) 63201 (Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder) von 200.000 Euro und aus welchem Titel erfolgt aus welchen Gründen die haushaltswirtschaftliche Gegenfinanzierung?

Zu 1. und 2.:

Bei Lebenszeitbeamtinnen und Lebenszeitbeamten bzw. -richterinnen und -richtern wird im Vorlauf zu einem Dienstherrnwechsel durch Versetzung regelmäßig eine Abordnungszeit von einem halben Jahr bis zu einem Jahr vorgeschaltet. In dieser Abordnungsphase werden die Versetzungsbewerber von ihren bisherigen Dienstherrn weiter besoldet, welche die Personalkosten vierteljährlich dem Land Berlin in Rechnung stellen. Der Titel 631 02 beinhaltet die Kostenerstattung für abgeordnete Bundesbeamte, die sich um eine Versetzung zum Land Berlin bemühen und als Richter kraft Auftrags im richterlichen Probedienst eingesetzt oder zur Staatsanwaltschaft Berlin abgeordnet werden. Derzeit betrifft dies 4 Richter kraft Auftrags und 2 Staatsanwälte. Hinzu kommen Abordnungsverhältnisse (1x Richter kraft Auftrags, 1x Staatsanwalt), die teils zum Ende des Jahres 2023 bzw. Anfang 2024 beendet wurden, deren teils zeitverzögerte Kostenabwicklung jedoch ebenfalls den Haushalt 2024 belasten.

Der Mittelbedarf in Kapitel 06 00 Titel 631 02 wurde für das Haushaltsjahr hierfür 2024 auf 200.000 Euro geschätzt und übersteigt somit den Ansatz. Die Gegenfinanzierung ist vorläufig aus dem Titel 632 01 erfolgt. In diesem Titel sind derzeit verfügbare Mittel vorhanden, um den Mehrbedarf im Titel 631 02 vorübergehend auszugleichen.

Mit Stand 31. Mai 2024 wurden bereits 70.730,71 Euro im Kapitel 06 00 Titel 631 02 angewiesen.

3. Was sind die Gründe für den Abgang im Titel 0615 (Kammergericht) 51820 (Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management) um 457.733,64 Euro und aus welchem Titel erfolgt aus welchen Gründen die haushaltwirtschaftliche Gegenfinanzierung? Was sind die Gründe für die Verstärkung des Titels 0623 (Amtsgericht Mitte) 51820 (Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management) um 376.459,080 Euro und aus welchem Titel erfolgt aus welchen Gründen die haushaltwirtschaftliche Gegenfinanzierung?

Zu 3.:

Der Abgang im Titel 06 15 Kapitel 518 20 in Höhe von insgesamt 457.733,64 Euro resultiert auf sog. Deckungsbuchungen (D10-Buchungen) innerhalb des Facility Management-Deckungskreises. Diese stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

von 06 15/518 20 zu 06 23/518 20:	376.459,08 €
von 06 15/518 20 zu 06 17/518 20:	79.460,44 €
von 06 15/518 20 zu 06 11/518 20:	1.814,12 €

Diese Buchungen waren erforderlich, um die derzeit gültigen vertraglichen Mietzahlungen erfüllen zu können. Der Abschluss angepasster Mietverträge konnte erst nach Aufstellung des Doppelhaushaltes 2024/2025 realisiert werden, sodass eine konkrete Veranschlagung der Ansatzhöhen nicht mehr möglich war. Daher fallen die Ansätze und die tatsächlich zu leistenden, vertraglich vereinbarten Mietzahlungen auseinander.

Berlin, den 11. Juni 2024

In Vertretung

Esther Uleer  
Senatsverwaltung für Justiz  
und Verbraucherschutz